



# kurz berichtet

Gewerkschaft der Polizei - Landesbezirk Rheinland-Pfalz

Ausgabe Januar 2007 - I

## Inhalt:

1. Prost Neujahr!
2. Gespräch mit Malu Dreyer und Hendrik Hering
3. EWOIS-Auskunftssperre: Änderung des Gesetzes erforderlich
4. DGB gegen Kürzung der Pendlerpauschale
5. Attac fordert soziales Europa
6. DGB lehnt Rente mit 67 ab!
7. Neuer Internetauftritt der IPA Deutsche Sektion e.V.
8. Fort- und Weiterbildung
9. Terminhinweis: Privatheitswerte im Wandel
10. Terminhinweis: GdP Seniorengruppe Koblenz
11. Terminhinweis: Fußball und Gewaltszene
12. Terminhinweis: Gewalterfahrung und Wertbindung
13. Bildungsurlaub mit der katholischen Kirche
14. Terminhinweis: Bikertreffen

## Prost Neujahr!



Herzlich willkommen im Jahr 2007!

Die Redaktion des ‚Kurz berichtet‘ wünscht allen Leserinnen und Lesern ein glückliches und erfolgreiches Neues Jahr. Auch in 2007 freuen wir uns über aktuelle Beiträge und Rückmeldungen. Angesichts der vielfältigen Änderungen wird uns weder im Beruf noch in der Gewerkschaft langweilig werden.

Lasst und auch 2007 nach Kräften zusammen arbeiten!

## 2. Gespräch mit Malu Dreyer und Hendrik Hering

www.gdp-rp.de

@: gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

06131-96009-0 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach



Dietmar Muscheid, Landesvorsitzender des DGB, und die DGB-Gewerkschaften diskutierten mit **Dreyer** und **Hering** aktuelle Themen der Landespolitik.

**Karlheinz Ditz (IG BAU)** drängte auf den Erlass eines Vergabe- und Tariftreuegesetzes auch in RP, nachdem das Bundesverfassungsgericht ein beklagtes Gesetz aus Bremen bestätigt hat. Minister **Hering** kündigte hierzu einen Gesetzesentwurf an, in dem auch die Ausbildungssituation berücksichtigt werden soll.



**Tilman Boehlkau (GEW)** stellte die Besorgnis erregende Situation der Schulabgänger auf dem Lehrstellenmarkt dar. Aus dem 2006er Jahrgang sind noch 2.400 Jugendliche unversorgt. 18.000 befinden sich noch in ‚Warteschleifen‘. Ministerin **Dreyer** betonte, wie sehr ihr die schwierige Lage auf dem Ausbildungsmarkt am Herzen liege. Die Bemühungen nicht nur der Landesregierung hätten immerhin dazu geführt, dass im Bereich der IHK 7,9 % und im Bereich der HWK 3,4 % mehr Ausbildungsverträge abgeschlossen wurden. Sie sei mit dem Ergebnis auch nicht zufrieden – aber es mangle an Einflussmöglichkeiten. **Malu Dreyer** verwies auf die vorbildliche tarifliche Ausbildungsplatzabgabe in der Bauindustrie. Das sollte für mehr Branchen vereinbart werden.

**Dietmar Muscheid (DGB)** trug die Sorgen der Gewerkschaften zu drohenden Insolvenzen bei den Krankenkassen auf Grund der Vorgaben der Gesundheitsreform vor. Ministerin **Malu Dreyer** bewertet die Situation anders. Die Regelungen würden zu einer Stärkung der Kassen führen.

**Ver.di-Chef Uwe Klemens** kritisierte die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten. Dies gehe zu Lasten der im Einzelhandel Beschäftigten und der kleinen Geschäfte, die sich zunehmendem Konkurrenzdruck der Großmärkte gegenüber sehen. Minister **Hering** hielt die Ausweitung für unausweichlich, da ansonsten Kaufkraft in die umliegenden Länder abfließen würde. **Klemens** forderte eine bessere Beteiligung der Gewerkschaften ein. Derartige Gesetzesänderungen ohne vorherige Anhörungen seien dem Klima zwischen Gewerkschaften und Landesregierung sehr abträglich.

Für die **GdP** sprach **Ernst Scharbach** die Betrügereien von Ärzten und Patienten im Gesundheitswesen an. Es sei höchste Zeit, dass die Politik auf die Ratschläge der Kriminalisten einginge. Ministerin **Dreyer** erwartet im Rahmen der Gesundheitsreform und mit der Einführung der Patienten-Chip-Karte mehr Transparenz und Zuverlässigkeit bei der Abrechnung. Sie werde die Anregungen zur Minderung der Betrugsanfälligkeit unterstützen.

Ferner thematisierte **Ernst Scharbach** die Probleme rund um die ‚Jugendlichen Intensivtäter‘: Bei Strafunmündigen Kindern und zur Vermeidung von U-Haft in ‚normalen‘ U-Haftanstalten stehe die Polizei immer wieder vor großen Problemen. Ministerin **Dreyer** betonte, dass es in Rheinland-Pfalz mehrere sehr gut funktionierende – nicht geschlossene – Heime mit hoher Erfolgsquote gebe. Für die Unterbringung in geschlossenen Heimen stehe das Heim Stutensee in Baden-Württemberg mit drei Plätzen für Rheinland-Pfalz zur Verfügung. Diese seien noch nie komplett belegt







gewesen. Ihr Haus stehe Vorschlägen zur Verbesserung der Situation offen gegenüber.

### 3. EWOIS-Auskunftssperre: Änderung des Gesetzes erforderlich

Die GdP hat nach dem EWOIS-Update im Juli 2006 die eingetretenen Verschlechterungen massiv kritisiert und mit ihren konstruktiven Vorschlägen dazu beigetragen, dass die schlimmsten Defizite bis Jahresbeginn wieder revidiert werden. So wird auch bei elektronischer Auskunft mitgeteilt, wenn in einem Haus Personen mit Auskunftssperre wohnen oder bei Rechercheabfragen das zuständige EMA angegeben werden.

In Fällen politisch motivierter oder Organisierter Kriminalität können aber direkte Ermittlungen bei den Einwohnermeldeämtern für das Verfahren verhängnisvoll sein. Zum Beispiel ist in der Vergangenheit ein OK-Verfahren geplatzt, weil bei einem offen in Anspruch genommenen Einwohnermeldeamt die spätere Verlobte eines Bandenmitglieds beschäftigt war.

Die logische Folge: Eine Änderung des geltenden Rechts ist erforderlich. Betroffen sind die §§ 18 und 21 Melderechtsrahmengesetz sowie das daraus folgende Landesrecht. In der Antwort auf eine Anfrage der Landtagsabgeordneten **Bracht** und **Lammert** (CDU) weist Innenminister **Karl Peter Bruch** darauf hin, dass die Landesregierung die im Zuge der Föderalismusreform erforderliche Änderung des Bundesmelderechts nutzen will, um die die erforderlichen Änderungen anzustreben, um zumindest für die Sicherheitsbehörden die heute bestehenden Auskunftssperren aufzuheben. "*Der richtige Weg*", meint **Bernd Becker** vom GdP-Landesvorstand und weist darauf hin, dass der GdP-Bundesvorsitzende **Konrad Freiberg** bereits auf den Änderungsbedarf im Bundesrecht aufmerksam gemacht wurde und eine Intervention beim BMI und den Bundestagsfraktionen zugesagt hat.



### 4. DGB gegen Kürzung der Pendlerpauschale

Die von der Bundesregierung beschlossene Kürzung der Pendlerpauschale zum 01. Januar 2007 ist möglicherweise verfassungswidrig. Der DGB fordert daher alle betroffenen Arbeitnehmer auf, gegen die Neuregelung der Pendlerpauschale Einspruch zu erheben, so der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, **Dietmar Muscheid**.

Der Steuerrechtler, **Prof. Joachim Wieland**, (Johann Wolfgang Goethe-Universität, Frankfurt) stellt in seinem, für die Hans-Böckler-Stiftung erstellten, Gutachten fest, dass die Streichung der Pendlerpauschale für die ersten 20 km verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen ist.

Bisher wurden alle beruflich veranlassten Aufwendungen, wie z.B. Fahrten von und zur Arbeit, als steuermindernde Werbungskosten bewertet. Mit der fiskalischen Neuregelung der Entfernungspauschale wird diese Regelung durchbrochen.







## **6. DGB lehnt Rente mit 67 ab!**

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung, das gesetzliche Renteneintrittsalter nach und nach auf 67 Jahre anzuheben, gehe völlig an der Realität vorbei. Der Arbeitsmarkt für Ältere funktioniere nicht und das Rentenniveau drohe unter Sozialhilfeniveau zu sinken, kritisierte der rheinland-pfälzische DGB Landesvorsitzende, **Dietmar Muscheid**.

Es sei weder vertretbar, noch vermittelbar, das Renteneintrittsalter auf 67 Jahre zu erhöhen, obwohl 2/3 der Beschäftigten bereits vor dem 65. Lebensjahr aus dem Arbeitsleben gedrängt werden.

Darüber hinaus müsse die Politik endlich zur Kenntnis nehmen, dass viele Menschen aus gesundheitlichen Gründen nicht bis 67 Jahren arbeiten könnten. So erreichen z.B. von den Arbeitern am Bau nur rd. 9% die Regelaltersgrenze von derzeit 65 Jahren, und 53% müssen wegen verminderter Erwerbsfähigkeit früher in Rente.

Wer die Lebensarbeitszeit verlängern wolle, der müsse sich auch die Frage stellen, wo denn die Arbeitsplätze herkommen sollen. Nach Berechnungen des Instituts für Wirtschaft und Gesellschaft sind rd. 5 Mio. neue Arbeitsplätze notwendig, um eine Beschäftigung bis zum 67. Lebensjahr zu ermöglichen.

## **7. Neuer Internetauftritt der IPA Deutsche Sektion e.V.**

Der Internetauftritt der International Police Association (IPA) Deutsche Sektion e.V. wurde neu gestaltet. Die IPA, mit ihren knapp 60.000 Mitgliedern in Deutschland, ist die größte Berufsvereinigung der Welt. Sie hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen und im Europarat. Mitglieder der IPA profitieren, neben den weltweiten Kontakten zu Polizeibeamten, von einem umfangreichen Leistungskatalog, der auf der Internetseite [www.ipa-deutschland.de](http://www.ipa-deutschland.de) abzurufen ist.

Quelle: Polizei-Newsletter

## **8. Fort- und Weiterbildung**

Landesregierung, DGB, GEW, Ver.di und GdP haben eine gemeinsame Zielvereinbarung zur Fort- und Weiterbildung in der rheinland-pfälzischen Landesverwaltung getroffen. Die Broschüre liegt bei den Personalräten bereit.

## **9. Terminhinweis: Privatheitwerte im Wandel**

Am 9. Januar 2007, 19:30h, Erbacher Hof in Mainz: Ist die bürgerliche Familie ein Auslaufmodell? Krise oder Wiederkehr des Immergleichen? Vorträge von Soziologin Prof. Dr. Trutz von Trotta und dem Historiker Prof. Dr. Andreas Wirsching.  
Anmeldung: 06131/3924465

## **10. Terminhinweis: GdP Seniorengruppe Koblenz**

Die Koblenzer Seniorinnen und Senioren laden zum Stammtisch im Soldatenheim Horchheimer Höhe, von Galen Str. 1 in Koblenz ein. Auch ,noch-nicht-Senioren' sind herzlich willkommen. Nächster Termin: 10. Januar 2007, 16:00h.  
Kontakt: Koll. Horst-Peter Birk, 0261/103-2466



### **11. Terminhinweis: Fußball und Gewaltszene**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung diskutiert mit Prof. Dr. Gunter Pilz die aktuellen Entwicklungen innerhalb der Fanszene und dessen Umfeld. Besonders in Spielen der unteren Ligen nehmen Gewalt, rechtsextrêmes und fremdenfeindliches Verhalten besorgniserregend zu.

16. Januar 2007, 18:00h, Große Bleiche 18, Mainz

Teilnahme nur gegen Anmeldung unter 06131/9606712.

### **12. Terminhinweis: Gewalterfahrung und Wertbindung**

Die Zerschlagung der Gewissheit ist das wesentliche Ergebnis der Postmoderne. Im Gegensatz dazu haben die Menschenrechte weltweit an Bedeutung gewonnen.

Vortrag von Prof. Dr. Hans Jonas. Er lehrt an der Universität Erfurt und der University of Chicago.

31. Januar 2007, 19:30h, Erbacher Hof, Mainz.

Anmeldung: 06131/3924465

### **13. Bildungsurlaub mit der katholischen Kirche**

Die Betriebsseelsorge des Bistums Mainz lädt ein zum ‚Europäischen Sozialen Dialog‘: Vom 16. bis 20. April 2007 findet das Seminar in Brüssel statt. In Besuchen und Gesprächen im Europaparlament, der Landesvertretung Rheinland-Pfalz, dem Europäischen Gewerkschaftsbund und mit dem Apostolischen Nuntius, Erzbischof Karl Josef Rauber soll die soziale Dimension Europas diskutiert werden.

Eigenbeitrag: 320 €

Anmeldung: 06131/6270843

### **14. Terminhinweis: Bikertreffen**

Vom 1. bis 3. Juni 2007 findet in St. Augustin-Hangelar ein internationales Bikertreffen der Bundespolizei statt. Zu familienfreundlichen Preisen werden viel Unterhaltung und ein buntes Abendprogramm geboten.

Infos: [www.bundespolizeiibiker.de](http://www.bundespolizeiibiker.de)

<p>Auto kaufen? Verreisen? PSW 06131/96009-23 oder -31 Internetapotheke: <a href="http://gdp-rp.vitaware.de">http://gdp-rp.vitaware.de</a> (ohne "www").</p>
--

v.i.S.d.P.: Gewerkschaft der Polizei Rheinland-Pfalz,  
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15, 55129 Mainz

[www.gdp-rp.de](http://www.gdp-rp.de)

Mail: [gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de](mailto:gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de)

www.gdp-rp.de

@ gdp-rheinland-pfalz@gdp-online.de

☎ 06131-96009-0 ☎ 06131-96009-99

GdP LB Rheinland-Pfalz, Nikolaus-Kopernikus-Straße 15, 55126 Mainz  
V.i.S.d.P.: Ernst Scharbach